Hallische Nachrichten

General-Anzeiger für Halle und die Provinz Sachsen

Verlagsgebäude: Häuserblock Gr. Ulrichstr. 16, Ecke Dachritzstr. 12 bis 14 und Wölbergasse 1. Bei Anruf der Fernsprechnummer 7981 verbindet die eigene Zentrale mit allen Abteilungen des Hauses. — Verlag, Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: Gr. Ulrichstr. 16. Fernsprechanschluß: Nr. 7981. Geschäftsstellen: Leipzigerstr 34 (Fernsprecher 7981) und Brunnenstr. 49 (Fernsprecher 1403).

Die Hallischen Nachrichten erscheinen täglich nachmittags (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) und treffen bei reiner Zustellung in Halle und in den Orten mit eigenen Verkaufsstellen (sowie bei Postbezug ohne Zustellungsgebühr) monatlich Mk. 5,—, vierteljährlich Mk. 15,—. Anzeigenpreis: die 31 mm breite Nonpareillezeile Mk. 1.80, Familienanzeigen Mk. 1.—, Heirats-, Stellmarkt- und ähnliche Anzeigen Mk. 1.—, die 78 mm breite Reklamezeile Mk. 5.—. — Rabatt nach Tarif. — Erfüllungsort: Halle an der Saale. Postscheckkonto: Leipzig 1361.

Nummer 75 — **Halle, Donnerstag den 15. April 1920** — **32. Jahrgang**

Frankreich, Belgien und England.

Von unserem Sonderberichterstatter.

F. Rotterdam, 12. April.

Am selben Tage, wo die deutsche Gesandtschaft in Brüssel zur Geburtstagsfeier des Königs Albert die Flagge der deutschen Republik aufziehen ließ (ich entnehme die Mitteilung der „Indépendance Belge vom 9. 4.), brachten die Brüsseler Zeitungen den Bericht über Entsendung einer belgischen Abteilung nach Frankfurt und zierten diese Neuigkeit mit folgendem Aperçu: „Wie im August 1914, so zieht auch diesmal zusammen mit Frankreich, die belgische Armee in den Krieg gegen Deutschland. Damals galt es, die verletzte Neutralität Belgiens zu rächen, jetzt müssen wir Deutschland für die Schändung des Versailler Paktes bestrafen. Und England steht die Notwendigkeit sofortigen Anschlusses ebensowenig ein, wie im August 1914." Eine blindwütende Deutschenhetze brach in Brüssel aus. Sie richtete sich aber nicht bloß gegen die „deutschen Militaristen", sondern auch gegen die englischen Politiker vom Schlage Asquiths, die, im Londoner Klub der Liberalen eine Nebenregierung führen, es dem Premier Lloyd George unmöglich machen, unverzagt, mit Mitkrand zu marschieren. So wenigstens erzählen sich die Brüsseler Augoren. Der Beschluß des belgischen Kabinetts wurde also unter zweierlei Gesichtspunkten von den „eingeweihten" Zeitungsschreibern betrachtet: erstlich als „Strafakt" gegenüber dem „vertragsbrüchigen Deutschland", zweitens als Stellungnahme gegenüber England, dessen Vorgehen hinsichtlich Belgiens seit geraumer Zeit öffentlich kritisiert und selbst, unter Anwendung drohender Worte, getadelt.

Ein Londoner Blatt „Dail Telegraph", brachte vor wenigen Tagen die Liste der von Belgien gegen England erhobenen Klagen. Die Engländer sollen an dem elenden Kurs der belgischen Franken schuld sein, weil sie nur das Pfund als Zahlungsmittel zulassen; die britische Regierung soll die sofortige Zahlung der bisher gewährten Kredite in Pfund verlangen. Anderseits schrumpft der englische Handel in Belgien zusammen. Was von diesen in Brüssel erlangten Informationen des „Daily Telegraph" richtig ist, läßt sich schwerlich untersuchen. Gewiß ist jedoch, daß man in dem französisch sprechenden Teile Belgiens eine Art Gemütsumkehr [illegible] reich dem „selbstsüchtigen" England einen „empfindlichen Streich" versetzt zu haben. Und das im selben Augenblick, wo der Minister des Auswärtigen, Paul Hymans, in der „Times" eine richtige Wirtschrift losläßt, um für „das friedliebende, nach einer Völkerversöhnung strebende Belgien" britische Hilfe zu erbalten. Hymans, der die Verhandlungen der belgischen Regierung mit den Delegierten der verbündeten Staaten in Paris leitete, läßt in seinem „Times"-Aufsatze deutlich durchblicken, daß Belgien mit dem Versailler Vertrage nicht zufrieden sei, weil es das holländische Limburg (die notwendige Verteidigungsposition im Norden) nicht erhalten hat. Als denjenigen Staat, der sich „um wenigstens für diesen Wunsch Belgiens eingesetzt", bezeichnet er England. Hymans zieht daraus den Schluß, Belgien müsse stets eine starke und mächtige Armee besitzen, bereit den „aus dem Norden drohenden Angriff" abzuwehren. Die Unzufriedenheit Belgiens mit dem Versailler Vertrage und die Betonung der „englischen Verantwortlichkeit an dem unzureichenden Vertrage" (so schreiben nationalistische Brüsseler Zeitungen) diese beiden Beweggründe liegen dem belgischen Beschlusse zugrunde, an der französischen Militäraktion teilzunehmen.

Den Pariser Regierungsstellen war das Mitum des „treuen Bundesgenossen" bekannt, ehe noch die Kabinettssitzung in Brüssel das entscheidende Wort gesprochen hatte. Die öffentliche Meinung Frankreichs und die des französisch sprechenden Belgien werden auf die gleiche Art und mit denselben Argumenten bearbeitet: Restlose Durchführung des Versailler Vertrages, trotz Englands Verlangen, die innerpolitische Formung Deutschlands durch militärische Druckmittel nicht zu hören. Aus dem gemeinschaftlichen Ziele der beiden unzufriedenen Signatare des Versailler Paktes, Frankreich und Belgien, erklärt sich das beinahe automatische Zusammengehen der Nachbarstaaten in der Besetzungsaktion. Wohl warnt die flämische Presse vor diesem „Abenteuer mit Frankreich", aber in Brüssel wird noch die Politik der „Franzosenfreunde" betrieben. Ein Eklat dürfte nicht ausbleiben. Flämische Sozialisten machen sich von dem Unternehmen der Regierung los, selbst Vandervelde entschlüpfte der Verantwortlichkeit, indem er dem Ministerrate nicht beiwohnte. Camille Hussmans und Prouckere, die, durch Herrn Lombdsberg nach Berlin gelockt, die Kapptage an der Spree verbrachten und mit den Sozialisten über die Möglichkeit einer Einigung berieten, diese beiden Stützen der Internationale beobachten die gleiche Politik wie Vandervelde. Inzwischen betreiben die belgischen Nationalisten ihr Geschäft weiter. Wilmotte schreibt im „Soir" Brüsseler Kabinettsbeschlusses, die Mitteilung publizieren, man werde in der luxemburgischen Eisenbahnfrage Belgien „Zugeständnisse" machen. Das gibt der „Bereitwilligkeit" der Brüsseler Regierung einen besonderen Beigeschmack. Hinter dem Ja, stand die Bedeutung: Wir wollen die luxemburgische Angelegenheit erledigen! Millerand stimmte zu.

So kam der Brüsseler Beschluß zustande ...

Die Auslieferung unserer Handelsflotte.

Das deutsche Wirtschaftsleben steht vor neuen schweren Erschütterungen: Die Wiedergutmachungskommission, deren Bestimmungen Deutschland nach dem Versailler Vertrage auf Grund und Umgnade preisgegeben ist, hat der deutschen Schiffahrtsdelegation auf deren dringende Vorstellungen wegen Ablieferung aller Schiffe erwidert,

daß nach eingehender Prüfung aller Einzelheiten der Angelegenheit die Kommission zu dem Beschluß gelangt ist, daß nicht genügend Gründe vorgebracht waren, um eine Abänderung der Bedingungen zu rechtfertigen. Die Wiedergutmachungskommission fordert die deutsche Schiffahrtsdelegation auf, unverzüglich die Uebertragung des in Frage stehenden Schiffsraums in Angriff zu nehmen.

Die Folgen dieses Verlangens würden einer Erdrosselung des wichtigsten Teils unseres wirtschaftlichen Lebens gleichkommen, weil wir doch Schiffe haben müssen, um Rohstoffe und Lebensmittel einzuführen. Andernfalls geht die Eisenindustrie dem Ruin entgegen und die Lebensmittel würden noch viel teuer als jetzt, weil wir die Seetransporte in ausländischer Währung zu zahlen hätten. Im Friedensvertrage heißt es ausdrücklich, daß die Erfüllung der Friedensbedingungen den lebensnotwendigsten Verhältnissen Deutschlands angepaßt werden soll. Der Entscheid der Wiedergutmachungskommission kann daher unmöglich das letzte Wort in der Sache sein.

Neue Putsch-Gerüchte.

Von unserer Berliner Redaktion.

Es scheint leider, daß die Gerüchte über unruhige Elemente auf der äußersten Rechten und über geplante Vorstöße von dieser Seite nicht ganz so haltlos sind, wie man das anfänglich glaubte. Unzweifelhaft wird in der Beziehung viel übertrieben, in bewußter tendenziöser Absicht aufgebauscht. Aber ein wenig Feuer scheint hinter dem Rauch doch auf alle Fälle vorhanden zu sein. In der „Vossischen Zeitung" wird erzählt, es bestünde seit einiger Zeit eine Verbindung zwischen einigen kommunistischen Gruppen und einer Anzahl ebenso unüberlegter wie taktraftiger Offiziere. Zunächst handle es sich nur um Gruppchen und Geheimbünde. Aber auch ein paar Hundert Bewaffnete könnten — und darin hat das Blatt sicher Recht — in diesen Zeitläuften Verwirrung anrichten. Der Plan gehe dahin, die Regierung an sich zu reißen und gemeinsam mit Sowjetrußland den Kampf gegen Frankreich aufzunehmen. Der „Vorwärts" bringt zur selben Zeit allerlei aufregende Meldungen aus Pommern. Die Zeitfreiwilligen würden dort nicht entlassen, Studenten im Schorfschießen ausgebildet. Außerdem reisen entlassene Offiziere in Zivil von Garnison zu Garnison, um für die Wiederholung des Kapp-Putsches wieder mit besonderer Betonung der Lage in Pommern, von den halboffiziösen „P. P. A." weitergetragen.. Der Stabschef des Reichswehrgruppenkommandos I aber erklärt in der „Vossischen Zeitung" die pommerschen Truppen als absolut verfassungstreu. Aufmerksamkeit ist lediglich darauf zu verwenden, daß ein großer Teil Angehöriger der ehemaligen Eisernen Division als Landarbeiter auf pommerschen Gütern tätig sind. — Die deutschnationale Volkspartei veröffentlicht derweil heute in ihren sämtlichen Organen eine Erklärung, in der sie „erneut auf den verfassungsmäßigen Standpunkt" der Partei hinweist, die jede verfassungswidrige Handlung verurteilt. Putsche, von welcher Seite auch immer sie kommen, müssen heute von unabsehbaren Folgen für das Vaterland begleitet sein. Für Elemente, die sich an verfassungswidrigen Handlungen beteiligen, sei kein Platz in der Partei. Das „Berliner Tageblatt" hat sich — und das kann man am letzten Ende begreifen — bei einem Vertreter der Entente danach erkundigt, wie diese wohl einen neuen Putsch von rechts aufnehmen würde. Lord Kilmansrock, der britische Geschäftsträger, hat dem Blatt folgendes erklärt: Ich bin überzeugt, daß ein neuer Militärputsch die größte Entrüstung in England hervorrufen und daß die britische Regierung ihn auf das entschiedenste zurückweisen würde. Jede Möglichkeit, daß Deutschland heute Lebensmittel und Rohstoffe oder Kredite erhalten könnte, würde durch irgendwelche Gewaltakte, von wo sie auch kommen, zerstört sein. Man braucht nur die englischen Zeitungen während des Kappputsches durchgelesen zu haben, um zu wissen, daß jeder Versuch, ein reaktionäres Regime aufzurichten, von der öffentlichen Meinung Englands aufs schärfste verurteilt werden würde.

Die Regierung läßt mit Bestimmtheit erklären, daß die Sicherheitsmaßnahmen, die sie getroffen hat, in spätestens zwei Wochen jede Gefahr beseitigt haben würden. Auch auf dem Berliner Polizeipräsidium sieht man die Dinge sehr ruhig an. Es ist somit immer noch zu hoffen, daß die neueste Erregung, so schnell wie sie gekommen ist, wieder verschwinden wird.

Neue Unruhen im Ruhrgebiet.

Hoffentlich ist die Regierung aber auch ebenso sehr vor neuen kommunistischen Anschlägen auf der Hut. Der Hölzsche Räuberbande geht man ja jetzt endlich mit der nötigen Energie zu Leibe und der Vogtländische Spuk wird hoffentlich bald verlogen sein, vor allem dann, wenn gleichzeitig alles nur mögliche getan wird, um die Not der dortigen Bevölkerung zu lindern. Aber leider scheint im Ruhrrevier die Gefahr erneuter Unruhen zu drohen. Die von dort einlaufenden Nachrichten deuten nicht darauf hin, daß die Friede dort von langer Dauer sein wird. In der Nähe von Barmen haben sich zahlreiche Banden von Notgardisten, wie z. B. bei Attendorf a. d. Ruhr festgesetzt, die noch immer die Landbevölkerung handschatzen. Der Essener Zentralrat hat sein Hauptquartier nach Barmen verlegt und verhandelt hier mit den Führern der Bewegung. Man spricht offen davon, daß etwa in drei Wochen ein neuer Putsch zu erwarten ist. Durch Flugzettel und Geheimversammlungen wird die Parole ausgegeben, daß sich jeder bereit halten soll, um im gegebenen Moment Waffen zu empfangen. Aus Hamborn wird gemeldet, daß sich dort ein Aktionsausschuß gebildet hat und daß man die Arbeiter in Kompagnien einteilt. In Mülheim a. Ruhr wurden bei der Flucht des Vollzugsrates im Rathaus Mitgliederverzeichnisse der Roten Armee der K. P. D. aufgefunden. Aus diesen Listen geht hervor, daß zahlreiche Ausländer Führerstellen in der Roten Armee bekleidet haben.

Auch im Mansfelder Seekreis wird starke Stimmung für einen neuen Streik gemacht. Augenblicklich ist man bemüht, eine Sicherheitswehr lediglich aus Mitgliedern der U. S. P. und der Kommunistischen Partei Deutschlands zu bilden. Dabei spielen offenbar auch die Vorgänge im Vogtlande eine Rolle. Die Hölzsche Räuberromantik steckt an. Das geht auch aus einer im übrigen recht unklaren Graser Nachricht hervor. Dort hat sich eine „Konferenz der Aktionsausschüsse und der sozialistischen Parteien" über den Fall Hölz unterhalten und natürlich auch wieder die Zurückziehung der Reichswehr aus dem Vogtlande gefordert, schließlich aber, um ganze Arbeit zu machen, überhaupt Auflösung der Reichswehr und Bewaffnung der Arbeiter durch die Organisationen. Also eine richtige rote Armee nach Moskauer Muster. Zur Durchsetzung dieser Ziele soll wieder einmal zum Generalstreik in ganz Deutschland aufgerufen werden. Nachdem der vogtländische Spuk aber inzwischen wieder zu verfliegen beginnt und die ganze Hölzsche Räuberherrlichkeit einem unrühmlichen Ende entgegengeht, wird man sich die Sache wohl noch überlegen.

Eine falsche Sensationsmeldung?

Das Wolffsche Telegraphenbureau verbreitete heute mittag folgende Sonderdepesche:

Berlin, 15. April. Durch umfangreiche Ueberwachung der Güter in der Provinz Pommern ist es heute vormittag in Horst geglückt, des Generals Lüttwitz, sowie des Majors Bischof habhaft zu werden. In Stolpmünde konnte ein Propagandabureau der Baltikumtruppen ausgehoben werden. Sämtliche Verhafteten wurden unter starker Bedeckung nach Stettin gebracht.

*

Die vorstehende Meldung war in einem Teil unserer heutigen Auflage bereits gedruckt, als vom Wolffschen Bureau die Mitteilung einging, es scheine sich um eine Mystifikation zu handeln.. Die Oeffentlichkeit wird mit peinlichem Erstaunen davon Kenntnis nehmen, daß die von der Regierung zur Verman doch die gebotene Prüfung aller Eingänge voraussehen muß, das Opfer einer Täuschung werden konnte, noch dazu in einem so wichtigen Falle.

Der Feldzug gegen Hölz.

Klingenthal, Falkenstein und Plauen von den Truppen besetzt.

Der Feldzug gegen den Räuberhauptmann Hölz und die Säuberung des Vogtlandes von den Hölzschen Banden ist in vollem Gange. Amtlich wird darüber gemeldet:

Dresden, 14. April. Vom Wehrkreiskommando 4 wird über die Lage in Südwestsachsen am 14. April berichtet:

Truppen unter Führung von Oberst von Sächsel rückten am 14. April von Hof ins Vogtland ein. Sie haben jetzt Klingenthal, Falkenstein und Plauen besetzt. In verschiedenen Richtungen wurden zeitweise mit Lastkraftwagen Streifunternehmungen ausgeführt, um die schwerbedrängte Bevölkerung von den Hölzschen Banden zu befreien. Personenkraftwagen und Waffen des Hölz wurden hierbei erbeutet.

In Oelsnitz gelang es ferner, einen Mann der Hölzschen Bande festzunehmen, der Zahlungsanweisungen für die von Hölz in Plauen erpreßten Gelder an die Bank von Klingenthal bei sich trug.

Weitere Truppen unter Führung des Obersten Bod von Willsingen sind in Gegend Burgstädt und in Gegend südlich und östlich von Chemnitz eingerückt. Das Stadtgebiet von Chemnitz wurde nicht besetzt.

*

Hölz selbst ist auf der Flucht, nachdem er noch gegen die Stadt Auerbach einen mißglückten Handstreich unternommen hatte und befindet sich wahrscheinlich in den Falkensteinschen Wäldern. Der Ueberfall nach Bad Brambach, der er mehrfach versucht hat, wird ihm vermutlich durch die an der Grenze aufgestellten tschechisch-slowakischen Truppenabteilungen unmöglich gemacht werden. In Klingenthal hat Hölz, bevor er endgültig von dort verschwand, noch eine Million Mark erpreßt. Die Ueberbringer der von einer Plauener Bank gesandten, von Hölz geforderten 600 000 M., die an der Million noch fehlten, waren in Oelsnitz von der Reichswehr abgefangen worden, so daß die Summe nicht mehr nach Klingenthal geschafft werden konnte. Unter dem Drucke der Verhältnisse haben aber dann die gefängsten Klingenthaler Fabrikanten noch andere Kapitalisten unter sich die 600 000 M. aufgebracht und an Hölz abgeliefert.

Nachdem dieser seinen Zweck erreicht und die volle Summe in Händen hatte, verließ er in der Nacht zum Dienstag Klingenthal und wandte sich nach Auerbach, wo er in den frühen Morgenstunden eintraf. Dort aber fand er endlich entschlossenen Widerstand bei den Bürgern selbst. Die Arbeiterwehr stellte sich ihm im Verein mit der Schutzmannschaft entgegen. Es entspann sich ein kurzes Gefecht, das mit einer Niederlage der Hölzschen Bande endete, die zum Teil unter Wegwerfung ihrer Gewehre floh und in die Wälder entkam, darunter auch Hölz selbst. 10 der Banditen konnten festgenommen werden. Jeder der Kerle hatte über tausend Mark bei sich. Auch fünf Autos wurden den Räubern abgenommen. Kurz nach der Festnahme traf eine Kompagnie badische Reichswehr in Auerbach ein, von der Bevölkerung stürmisch begrüßt. Da die Truppen in dem Städtchen keine Arbeit mehr fanden, fuhren sie nach Zögersgrün weiter. Im Hohensteiner Walde entspann sich dann ein Gefecht, bei dem eine größere Anzahl Gefangene gemacht wurde. Unter diesen befinden sich Leute aus Berlin, Leipzig und Hamburg, auch Russen hat man unter den Hölzschen Banden wahrgenommen. Die Reichswehr wurde überall, wo sie eintraf, mit stürmischer Freude begrüßt, vor allem auch in Klingenthal, wo Hölz bis zum letzten Augenblick mit Brandschatzung gedroht und 14 Industrielle bis kurz vor seiner Abfahrt als Geiseln festgehalten hatte.

In Plauen sind drei Bataillone Infanterie mit drei Maschinengewehrkompagnien, zwei Batterien Artillerie, eine Schwadron Kavallerie, ein Pionierbataillon und eine Abteilung Brückentrain eingerückt. Es sind sämtlich preußische Truppen, nur der Stab gehört dem Schützenregiment 8 in Dessau zu. Die öffentlichen Gebäude und alle lebenswichtigen Betriebe sind besetzt worden. Die Truppen sind in der Stadt mit großem Jubel empfangen worden, die Straßen waren von dichten Menschenmassen besetzt. Es war die höchste Zeit, daß Ordnung geschaffen wurde. Wie weit die Zustände in Sachsen infolge der Schwäche der Regierung gediehen sind, geht daraus hervor, daß auch in Glauchau, wo der Kommunist Nedler einen neuen Vollzugsrat, dem auch ein Zuchthäusler angehört, gebildet hatte, Brandkommissionen gebildet worden sind, die Kommunisten haben es aber auf die Nachricht von dem Einmarsch der Reichswehr ins Vogtland hin inzwischen vorgezogen, aus Glauchau wieder zu verschwinden.

*

Plauen, 14. April. Wie aus Zögersgrün berichtet wird, ist dort heute früh eine fliegende Automobilkolonne des Detachements Haseld eingerückt, das die Verfolgung der in den umliegenden Wäldern umherstreifenden Notgardisten aufgenommen hat. Es kam zwischen den Truppen und den Notgardisten zu vereinzelten Schießereien, wobei einige Notgardisten getötet und verwundet wurden. Bis heute nachmittag waren 72 Angehörige der Roten Garde gefangen genommen, darunter auch ein Führer des Aktionsausschusses, namens Furl. Unter den Gefangenen befindet sich auch eine Anzahl [illegible] Reichswehr nahm in Helsenstein [illegible] Sprachlehrer und Kinder [illegible]

In Oelsnitz wurde beim Einmarsch der Reichswehr ein Bankbeamter festgenommen, der sich im Besitz 800 000 Mark befanden. Es steht noch nicht fest, ob es sich dabei um einen Teil der Beute des Hölz handelt, die dieser in Höhe von einer Million Mark in Klingenthal von Fabrikanten unter Androhung ihrer Festnahme oder des Niederbrennens der Fabriken erpreßt hatte.

Schluß der Aussprache in der Nationalversammlung.

Enthüllungen des Reichswehrministers.

Berlin, 14. April.

Präsident Fehrenbach teilt mit, daß der deutsche Bevollmächtigte gegen das Verhalten der Interalliierten Kommission in Oberschlesien Einspruch erhoben hat, weil den deutschen Abgeordneten die Ausreise verweigert wurde. Die alliierte Kommission hat aber erklärt, daß sie von ihrem Standpunkt nicht abgehen könne. Es wird daher Beschwerde beim Obersten Rat in Paris eingelegt werden.

Die politische Aussprache.

Die Besprechung der Regierungserklärung wird darauf fortgesetzt.

Abg. Braß (U. S.): Der Reichskanzler ist gegen den französischen Militarismus zu Felde gezogen. In Deutschland übt aber der deutsche Militarismus noch immer seine Macht aus. Die Kämpfe im Westen sind die Folge des reaktionären Treibens der Militaristen und Kappisten. Das Gerede von einem lang vorbereiteten Putsch von links ist ein aufgelegter Schwindel. Man will das Bürgertum mit dem Schreckensbild des Bolschewismus in Aufregung bringen, um eine Pogromstimmung hervorzurufen. Im Ruhrgebiet tut nur eine organisierte Arbeiterschaft vollkommen in der Lage, selbständig die Ruhe und Ordnung aufrechterhalten. (Lachen rechts.) Die Reichswehr hat mit Absicht das Chaos im Ruhrrevier herbeigeführt. Eine Schande ist es, wie schamlos falsche Nachrichten verbreitet werden. Nicht die Arbeiter, sondern die grüne Polizeiuniform hat die Zuchthäuser geöffnet und die Zuchthäusler bewaffnet. Zum Beispiel in Werden. In Gelsenkirchen, Essen, Barmen, Bochum hat das Militär zahlreiche Leute rücksichtslos niedergeschossen, und zwar ohne standgerichtliche Verurteilung. Die Reichswehr ist nicht in der Hand der Regierung, sondern geht selbständig gegen die organisierte Arbeiterschaft vor.

Reichsinnenminister Giesberts: Durch die Bielefelder Konferenz wollte ich in erster Linie eine unblutige Wiederherstellung der Ordnung im Ruhrgebiet erreichen. Die Ausschreitungen der Reichswehr billige ich ebenso wenig wie die der Roten Armee. Bei weiten Kreisen der Bevölkerung herrscht im Ruhrgebiet eine wahre Panikstimmung, weil man befürchtet, daß die Reichswehr zurückgezogen werden könnte. Auch der Abg. Braß kann es nicht verantworten, daß das Industriegebiet schutzlos gelassen werden soll. Die roten Führer haben an der Front das Abkommen nicht gehalten. Ich nehme die Arbeiterschaft ausdrücklich gegen in Schutz, daß ihr die Mörder und Plünderer an die Rockschöße gehängt werden. Durch Einrichtung der Ortswehren könnte die Bevölkerung beruhigt werden; aber auch die Bürger dürfen in diesen Revolutionszeiten nicht ruhig im Bett liegen, sondern müssen für ihre Sicherheit etwas tun. Wie konnte Frankreich falsch unterrichtet werden? (Zuruf: Durch Schuld der Unabhängigen.) Alle Kreise der Bevölkerung wollen überzeugt: Ohne Einmarsch der Reichswehr gehen wir zugrunde. Die Unsicherheit im Ruhrgebiet muß aber

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-847529-19200415019/fragment/page=0001

nun endlich aufhören. Das ganze Land ist aber noch voll von Waffen. (Hört, hört!) Auch hervorragende Vertreter des Bürgertums müssen eine entschiedene Stellung einnehmen. Ohne das Bielefelder Abkommen wäre es zu viel blutigeren Kämpfen gekommen. Die ganze Bewegung im Ruhrgebiet macht den Eindruck einer bestimmt vorbereiteten Aktion, die allerdings ohne den Kapp-Putsch auch in wenigen Tagen erledigt gewesen wäre. Nach dem Programm des Zentralrats in Essen sollten u. a. überall Betriebsräte gewählt werden, deren Mitglieder auf dem Boden der Diktatur des Proletariats stehen, ein Aktionsausschuß, Revolutionstribunal sollten errichtet werden. (Hört, hört!) Unser gemeinsames Ziel muß die Erhaltung des Reiches sein.

Reichswehrminister Dr. Geßler: Wir müssen endlich die Atmosphäre des Mißtrauens beseitigen. Dazu tragen aber die Ausführungen des Abg. Braß nicht bei. Trotz wiederholter Aufforderung hat Herr Braß uns kein Material nicht vorher übergeben. Unsere Lebensaufgabe ist es,

die Reichswehr

wieder in Ordnung zu bringen. Dann müssen wir ihren Angehörigen auch das gleiche Recht wie allen übrigen Staatsbürgern zubilligen. (Beifall.) Dringend reformbedürftig sind in der Reichswehr der Nachrichten- und Aufklärungsdienst. Im Nachrichtendienst treiben sich einzelne Elemente herum, von denen ich eine Gefährdung der öffentlichen Moral befürchte. Der Aufklärungsdienst muß durch moderne, vorurteilsfreie Männer ausgeübt werden.

Dem

Abgeordneten Braß

will ich entgegenhalten, daß die Dortmunder Stadtverordneten-Versammlung, in der auch Unabhängige sitzen, einstimmig eine Resolution angenommen hat, in der die Notwendigkeit des Eingreifens der Reichswehr anerkannt wird. Solche Dokumente sollte Herr Braß mitnehmen, wenn er wieder zur Rheinlandskommission nach Koblenz geht, denn er geht zur Rheinlandskommission. (Lebhafte Hört, hört! rechts.) Ich habe hier ein Telegramm des Oberpräsidenten in Koblenz vom 10. April, in dem es heißt: „Der Unabhängige Sozialdemokrat Otto Braß aus Remscheid sowie mehrere Kommunisten sind vorgestern abend unter Führung eines französischen Offiziers (lebhaftes Hört, hört! rechts und bei der Mehrheit) bei der Rheinlandkommission erschienen und haben angegeben, daß die Truppen in der neutralen Zone des Ruhrreviers nicht 18 000, sondern 80 000 Mann betragen. (Stürmische Phüsufe bei der Mehrheit. Rufe rechts: Raus mit dem Lumpen!). Eingreifen der Reichswehr sei überflüssig gewesen. Militärattaché bei unserer Vertretung der Rheinlandskommission ist von unserer Seite erfolgt.“ Wenn wir uns wundern über die falsche Information der Entente, so habe ich hier folgendes Telegramm aus Paris: „Heutiges Journal bringt Interview mit Abgeordnetem Braß, Mitglied der Nationalversammlung, aus dem Hauptquartier der Ruhrarbeiter. Er erklärt, Dokumente zu besitzen, daß im Augenblick des Kapp-Putsches die Freikorps Lichtschlag, Lüttow und Schutz entgegen dem Friedensvertrag im Ruhrrevier anwesend gewesen seien.“ (Phüsufe rechts.) Und nun kommt, was mich am meisten erregt: „Braß händigte dem Interviewer, dem ehemaligen Kriegsberichterstatter Henri Bauton, bestimmte Dokumente aus, um General Walters Einverständnis mit reaktionären Putsch zu erweisen. (Stürmische Phüsufe bei der Mehrheit.) Das, was die Minister Giesberts und Drum vom Abgeordneten Braß in Bielefeld nicht erreichen konnten, die Ausbändigung der Dokumente, die ein Durchgreifen ermöglichten, diese Dokumente hat Herr Braß dem Herrn Bauton übergeben. (Stürmische Phüsufen bei der Mehrheit. — Rufe rechts: Lump! Schuft! — Weiter mit dem Kerl! Landesverräter! — Weg mit dem Kerl! — Wenn es mit der Emigration der Atmosphäre erst ist und wer daraus nicht eine agitatorische Seelschlange machen will, der hat heute die Verpflichtung, alles Material der Regierung zu übergeben, damit sie die Fäden der Verschwörung aufdecken kann. (Rufe rechts: Warum wird dieser Hochverräter nicht verhaftet?) Bisher sind nur 60 000 Gewehre und einige 100 Pistolen, Maschinengewehre, wenige Minenwerfer und Geschütze abgeliefert worden, während die „Arbeiterschaft“ behauptet hat, daß über hunderttausend bewaffnete Arbeiter an den Kämpfen beteiligt waren. Das Ergebnis der Waffenabgabe ist also absolut unbefriedigend.

Ich bin kein Freund von Exekutionen. (Beifall.) Deshalb habe ich auch sofort die Entmilitarisierung des Ausnahmezustandes empfohlen, die ja nun auch nunmehr eingeführt werden wird. Künftighin ist nicht mehr der General die vollziehende Gewalt aus, sondern ein leitender politischer Beamter, der die Schwierigkeiten in seinem Bezirke kennen muß, und der sorgen in schwierigen Situationen nicht ausgeschaltet werden wird. Er hat dann in Zukunft auch für das Einrücken des Militärs in sein Gebiet die Verantwortung zu tragen. (Zuruf des Abg. Geyer-Leipzig: Mehr Zivilcourage gegen die Balkfluchtruppen! — Anhaltende große Unruhe. — Rufe: 200 000 Mark!)

An Zivilcourage fehlt es uns nicht.

Auch gegen Ehrhardt habe ich sofort einen Haftbefehl erlassen; seine Ausführung ist selbstverständlich schwierig. (Zuruf: Zivilcourage!) Gewiß, mein Herr, darf ich Sie einladen? (Stürmische Heiterkeit.) Die dritte Marinebrigade wird jetzt nach Münster geführt, da ihre Ueberführung nach Lockstedt nicht möglich gewesen ist. Dort soll ihre freiwillige Entweisung durchgeführt werden. Wenn sie nicht gelingt, wird Gewalt angewendet. Aufgelöst wird die Brigade auf jeden Fall. Die Auflösung muß aber friedlich versucht werden, weil es wichtig ist, die Truppen in gesunde wirtschaftliche Verhältnisse hineinzubringen, und die Bildung von Plündererbanden zu vermeiden. (Lebhafte Zustimmung.)

Die uns aus Pommern zugehenden Nachrichten sind höchst ernst. (Lebhaftes Hört, hört!) Ich muß dieselben, die Einstuß auf die rechtsstehende Presse haben, dringend bitten, ernstlich zu warnen. Neue Unruhen können wir nicht mehr ertragen. Wir müssen soviel sittliche Kraft aufbringen, daß das Ausland uns wieder vertrauen kann. (Lebhafte Zustimmung. Große Unruhe rechts. Lebhafte Zurufe zwischen rechts und links.) Reden wir nicht mehr gegeneinander, wir müssen zusammen arbeiten. Wenn die Ordnung wiedergeschafft ist, werden wir darangehen können,

die Reichswehr neu aufzubauen.

Die Frage nach ihrer gegenwärtigen Stimmung, die der Abg. Moft gestellt hat, ist schwer zu beantworten. Die Leute sind zu Unrecht einem Trommelfeuer von Beschimpfungen ausgesetzt und werden angesichts der bevorstehenden Verminderung der Reichswehr auch noch durch wirtschaftliche Sorgen schwer gequält. Der Hochentschlossenheit wird dadurch außerordentlich zermürbend. Ich glaube, daß wir den Truppen, die unter schwierigsten Umständen an der Aufrechterhaltung verfassungsmäßiger Zustände arbeiten, unsern Dank und unsere Anerkennung aussprechen müssen. (Langanhaltender lebhafter Beifall.) Abg. Graefe: Auch den Zeitfreiwilligen! — Sorgen Sie dafür. Herr Graefe, daß die Zeitfreiwilligen erhalten, wo sie ausgehoben werden. verfassungstreu sind, dann wird es ihnen auch unsererseits an Anerkennung nicht fehlen. Einige Worte über die Sicherheitswehr! Obwohl sie in Essen und an anderen Stellen aus Angehörigen der Arbeiterschaft bestand, ist sie unter schändlichen Greueln von der Roten Armee „abgemurkst“ worden, wie man sich sehr ausdrückt. Diese schwere Schuld muß gesühnt werden. Von der Reichswehr aber erwarte ich, daß sie durch strenge Pflichttreue die Scharte wieder auswetzt, die ihr dadurch beigebracht worden ist, daß ein kleiner Teil in den schweren Tagen unterm gewonden ist; daß sie ist und bleibt, was wir erhoffen: ein fester, sicherer Schutzwall des Volkes und unter freiheitlichen Entwicklung. (Lebhafter Beifall, vereinzeltes Händeklatschen.)

Abg. Schwarzer (Bayer. Vp.): Der Einmarsch der Reichswehr war notwendig. Die Franzosen hätten andere als die ergriffenen Mittel gehabt, um sich zu sichern. Mit der Ausrichtung der Maintinie werden sie keinen Erfolg haben. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben kein Verlangen nach einem französischen Einmarsch in Bayern: Süden und Norden stehen zusammen. (Lebhafter Beifall.) Die Einwohnerwehr können wir nicht entbehren. In die Polizeigewalt der Einzelstaaten hat sich die Reichsregierung nicht einzumischen. Mit Verbrechern wie Hölz muß radikal aufgeräumt werden.

Abg. Kahl (D. Vp.): Der Reichsjustizminister hat die Erklärung der Deutschen Volkspartei vom 13. März durch Unterdrückung und durch Hinzufügungen entstellt. (Sehr richtig: bei der D. Vp.) Die Erklärung enthält keine Rechtfertigung des Putsches. Es gebraucht worden [illegible] Erklärung von organischer Entwicklung ausführt, hat der Reichsjustizminister nicht verlesen. In leichtfertiger und beleidigender Weise hat er versucht, die Verbindung des Journalisten Schmitzler mit der Deutschen Volkspartei im Zusammenhang gebracht. Ein Organisationsplan der Verbrecher Kapp und Genossen (Zuruf links: Jetzt sind es Verbrecher!) war wohl selbstverständlich! Mit den Rechtsparteien kann aber der Plan nicht in Verbindung gebracht werden. Heinze hat in der Unterredung mit Schmitzler ausdrücklich gewarnt, jeden Druck zu unterlassen, und Kürtwitz hat zugesagt, nichts gegen die Verfassung zu unternehmen. Bekanntlich hat Heinze ja auch die Verfassung der Regierungsmitglieder auf der Flucht verhindert. Für die Entgleisung Einzelner sind wir nicht verantwortlich. Der leichtfertige Vorwurf, den ich gegen den Reichsjustizminister zu erheben habe, ist der, daß er den Generalstreik zu rechtfertigen versuchte. Gerade das Amt eines Reichsjustizministers muß ein entpolitisiertes Amt sein. Wo soll noch einer solchen Rede das Vertrauen des Reichsgerichts zu seinem Vorgesetzten und zu seiner Unparteilichkeit herkommen? Es war unwürdig, daß der Rede eines Winkeladvokaten gleich sah. Stürmische Heiterkeit. Lärm und stürmische Zurufe links. Präsident Fehrenbach rügt den Ausdruck.). Wie stach diese Rede ab gegen die staatsmännische Rede Trimborns! Wir gehen mit einer guten Wahlparole in den Wahlkampf. (Sachen links.) Der Reichsjustizminister sollte sich bald wieder nach einer Privatwohnung umsehen. (Lebhafter Beifall rechts. — Gr. Lärm und Zischen links.)

Reichsjustizminister Blunck: Den Herren Abgeordneten Professor Dr. Kahl muß ich daran erinnern, daß der politische Kampf anständig geführt werden muß. (Zurufe bei der Vp.: Das haben Sie gestern beachten sollen!) Ich halte Wort für Wort von meinen gestrigen Ausführungen aufrecht. Daß sie den Eingriffen der Rechten und dem Abgeordneten Kahl unangenehm waren, habe ich aus der Maßlosigkeit seiner Entgegnung ersehen. Solche Entstellungen und Verdrehungen, zu denen er sich heute hat hinreißen lassen, habe ich allerdings bisher von einem Abgeordneten und Professor nicht erwartet. Aus der Erklärung der Deutschen Volkspartei habe ich zunächst lediglich einen Nebensatz weggelassen. Ich habe nachher die ganze Erklärung verlesen und daraus festgestellt, daß sie keine glatte Absage an den verbrecherischen Kapp-Lüttwitz-Putsch war. Es bedarf der ganzen Kunst eines Rechtsprofessors, aus dieser Erklärung eine Absage an die neue Regierung herauszulesen. (Unruhe rechts.) Ihre eigene Parteiprefse urteilt anders. Wenn die Deutsche Volkspartei durch ihren Aufruf nicht den Kappschen Hochverrat gefördert hätte, dann wäre die ganze Geschichte schon am ersten Tage zusammengebrochen. Die Deutsche Volkspartei, die von dem Organisationsplan Schmitzlers Kenntnis hatte, ist mir dagegen eingeschritten, sondern hat durch ihre Erklärung vom 13. März den Hochverrat noch unterstützt. (Unruhe rechts.) Ich verbitte mir die niedrige, gemeine und für ihren Urheber kennzeichnende Verleumdung des Abgeordneten Kahl, der meine Objektivität bei der Besprechung der Reichsgerichtsstellen bezweifelt hat. (Stimmentlinger Lärm rechts. Beifall links. Präsident Fehrenbach rügt diese Verbalinjurien.) Von den Depeschen in der Sache des Abgeordneten Braß habe ich erst in dieser Sitzung Kenntnis bekommen. Ich habe diese Depeschen sofort vom Reichswehrminister erbeten, um eine etwaige Grundlage für

ein Strafverfahren gegen den Abgeordneten Braß

festzustellen. Die Richtigkeit des Sachverhalts vorausgesetzt, werde ich noch heute den Oberreichsanwalt mit den nötigen Schritten beauftragen. (Beifall.)

Abg. Quark (Soz.) erklärt im Namen des Rheingaues, daß dieser treu zu Deutschland stehen werde bis zum Abzug der französischen Truppen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Braß: Das Material, das ich einem französischen Journalisten in Barmen übergeben habe, geht nicht über das bereits aus der Presse Bekannte hinaus. Es betraf die Regelung der Flüchtlingsfrage, und ich habe in dieser Sache enn in Köln, Koblenz und Mainz verhandelt. Es wurde gesagt, daß Erleichterungen für Flüchtlinge in einem Lager interniert werden sollen. Die Flüchtlinge müssen möglichst bald zurückgeführt werden. Namens meiner Partei beantrage ich, den Ausnahmezustand aufzuheben und eine allgemeine Amnestie für die Personen zu erlassen, die gegen die Kappisten und die Reichswehr getämpft haben. Wenn die Panik-Stimmung im Ruhrgebiet verschwinden soll, muß überall eine Ordnung geschaffen werden. Wird mit den Putschtruppen nicht bald aufgeräumt, so erleben wir einen neuen Putsch.

Abg. Falk (Dem.): Warum hat Herr Braß seine Mitteilungen nicht den deutschen Behörden im besetzten Gebiet gemacht? Herr Kahl hätte bei seiner Rede doch etwas vorsichtiger sein sollen. Wenn er so scharfes Geschütz aufführt, so erklärt sich das aus dem Bedürfnis heraus, die Deutsche Volkspartei wegen ihrer Haltung, besonders wegen ihres Aufrufes, zur Regierung anerkannt worden. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Der Generalstreik war das einzige Mittel, um den Kapp-Putsch abzuwiegeln. In unerhörtester Weise hat Herr Kahl den meiner Partei angehörigen Minister angegriffen und dabei jedes Maß von Objektivität vermissen lassen. Ich stelle das vor dem Lande fest.

Damit schließt die Besprechung.

Der Not-Etat wird mit dem Antrage Braß und einem weiteren Antrage auf Erklärung des 1. Mai als Feiertag dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Donnerstag 1 Uhr: Kleine Vorlagen.

Keine bewaffneten Schüler mehr.

(W. T. B.) Berlin, 14. April. Ein Erlaß des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ordnet an: Die Vorsteher der höheren Lehranstalten für die männliche Jugend sind anzuweisen, den Schülern den Beitritt zu militärischen Organisationen (Zeitfreiwilligenregimenter, Einwohnerwehren, Ortswehren usw.) zu untersagen. Diejenigen Schüler, die bereits derartigen Formationen angehören, haben unverzüglich ihren Austritt zu erklären bzw. mit ihre Entlassung nachzusuchen.

Einschränkung militärischer Befugnisse.

Der Reichswehrminister hat in der Nationalversammlung die Einschränkung der Militärgewalt während des Ausnahmezustandes angekündigt. Dem entspricht der heute von der „Soz. Ztg.“ mitgeteilte Beschluß des Reichskabinetts, daß Pressevorbote künftig nicht mehr vom militärischen Inhaber der vollziehenden Gewalt, sondern nur noch von Zivilkommissar erlassen werden dürfen. Die Verordnung wird in den nächsten Tagen verkündet werden.

Letzte Telegramme.

Die Reichstagswahlen.

B. Berlin, 15. April. Die Nachricht, daß die Reichstagswahlen erst am 13. Juni stattfinden sollen, wird uns aus parlamentarischen Kreisen bestätigt. Man befürchtet nämlich, daß die Arbeiten der Nationalversammlung bis zum kommenden Freitag nicht abgeschlossen werden; ein paar Wochen Spielraum für die Wahlarbeit müssen aber vorhanden sein.

Hölz auf der Flucht.

Berlin, 15. April. In Oelsnitz ist, wie wir erfahren, alles ruhig. Die Hölzsche Bande hat der Stadt im großen und ganzen wenig Schaden gebracht, wenn man von einer Kontribution von 120 000 Mark absieht. In Plauen wird gearbeitet. In Falkenstein ist die Reichswehr eingerückt. Der dort durch Hölz angerichtete Schaden geht in die Millionen. Aus Falkenstein selbst sind die letzten roten Gardisten verschwunden, nur in der Umgebung hält sich noch eine Menge Gesindel auf. Heute sind etwa 100 Mann verhaftet worden.

Plauen i. Vogtl., 15. April. Von Jägersgrün wurden gestern abend 120 Notgardisten in zwei Eisenbahnwagen und ein Eisenbahnwagen mit Gewehren über Adorf nach Oelsnitz abtransportiert. — In Klingenthal haben sich die Fabrikanten freiwillig bereiterklärt, die Streikkasse zu bezahlen. Man hofft, daß die Arbeit heute wiederaufgenommen werden wird.

Prag, 15. April. Bevor Hölz sich aus Klingenthal zurückzog, zwang er das Gemeindeamt, ihm einen Reisepaß mit falschen Namen auszustellen, ebenso seinem Adjutanten Gebhardt aus Chemnitz.

Dr. Heims Anklage.

m. München, 15. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der Bauernführer Dr. Heim hat in Regensburg eine Rede gehalten, in der er gegen den Norden des Reiches mobil machte. Schuld an den Zuständen, sagte Dr. Heim, ist der Wasserkopf von Berlin, die Zentralregierung im Norden und der Mangel an Religion. Die nächsten Jahre werden Kampfjahre sein. Wir müssen uns bewaffnen, das sage ich vor allem dem Bürger- und Mittelstand. Der größte Verbrecher ist derjenige, der der Einwohnerwehr die Waffen abnimmt. Die äußere Politik der Reichsregierung ist noch schlechter wie die innere.

Hungerstreik irischer Gefangenen.

ep. Kopenhagen, 15. April. Ein Telegramm aus Dublin meldet, daß die Gefangenen im Mount-Joy-Gefängnis, von denen gestern viele infolge Hungerstreiks dem Tode nahe waren, freigelassen werden sollten. In dem ganzen Irland mit Ausnahme Ulsters umfassenden Generalstreik nehmen 300 000 Arbeiter teil, davon in Dublin allein 60 000.

Sturmzeichen in Paris.

ep. London, 15. April. (Eigene Drahtmeldung.) Vom „Daily Telegraph“ wird aus Paris ein bedrohliches Anwachsen der Arbeiterbewegung gemeldet. In neugewählten Komitee der Seine-Gewerkschaften haben die Anhänger der Moskauer Internationale über die gemäßigte Gruppe Longuet gesiegt. Die Demonstrationen am 1. Mai werden einen großen Umfang annehmen.

Die Bewegung in Kleinasien.

ep. London, 15. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der türkische Nationalsicherheitsrat Kemal Pascha hat den Sitz seiner Regierung von Angora nach Konia verlegt. Die Nikumung von Brussa bestätigt, daß er alle Beziehungen zu Konstantinopel abgebrochen hat, um sich auf eine Bündnispolitik mit den Arabern zu verlegen.

Der Papst als Teilnehmer am Alliierten-Kongreß.

ep Mailand, 15. April. (Eigene Drahtmeldung.) Obwohl die „Sevolo“-Meldung, daß der Papst auf dem Kongreß in San Remo vertreten sein werde, um die Wünsche des Vatikans über die Beziehungen der Katholiken zur Türkei vorzubringen, von vatikanischer Seite dementiert wird, wird sie von politischen Kreisen Roms bestätigt.

Hölz und Konsorten.

Karl Moors Nachfolger. — Der Räuberhauptmann einst und jetzt. — Räuberromantik in der Literatur. — Der „Königs der Abruzzen“. — Mussolinos politischer Größenwahn.

Ueberall da, wo die gesetzmäßige Staatsgewalt verjagt, und wo die öffentliche Ordnung, sei es durch lange Kriege, sei es durch große Umwälzungen, im argen liegt, blüht das Räuberhandwerk. Der Gedanke, daß, wie es jetzt im Vogtlande geschehen ist, ein Räuberhauptmann an der Spitze einer bis zu den Zähne bewaffneten Bande große und kleine Städte einen ganzen Landstrich terrorisieren könnte, wäre in Deutschland der Vorkriegszeit geradezu albern gewesen. Aber wie sich in der Geschichte alles wiederholt, so wiederholt sich auch leider bei uns heute vieles jede Vorergenommenheit, so findet man, daß zwischen ihnen und denen der Räuberhauptmänner des 17. Jahrhunderts in der Wirkung kaum ein Unterschied besteht. Damals wie heute verbreiten die Räuber Schrecken um sich; sie brandschatzen die Ortschaften, erpressen Geld, stecken menschliche Behnstätten in Brand und schleppen Geiseln fort. Hölz dringt mit seinen Spießgesellen in die Druckerei einer Zeitung ein und schlägt alle Maschinen kurz und klein, weil das Blatt eine ihm nicht wohlgefällige Haltung eingenommen hat; auch vor dreihundert Jahren haben die Räuber in solcher Weise Rache an Leuten genommen, die es gewagt hatten, ihrem Treiben Widerstand entgegenzusetzen. Der Unterschied zwischen damals und heute besteht nur darin, daß Hölz und Konsorten bisher vor Mordtaten zurückgeschreckt sind, und daß sie ihrem verbrecherischen Treiben ein politisches Mäntelchen umgehängt haben. Daß die Räuber von heute auf das modernste mit Maschinengewehren und Handgranaten ausgerüstet sind, unterscheidet sie keineswegs von ihren Vorgängern aus früheren Jahrhunderten. Auch damals wußten die Banden sich stets die bestmöglichen Waffen ihrer Zeit zu beschaffen; damals wie heute „erwarben“ sie diese durch Diebstahl und Raub.

So groß früher auch Angst und Schrecken waren, den die Räuberhauptmänner um sich verbreiteten, so groß war anderseits auch die Neugierde des Volkes über alles, was mit diesen verwegenen Gesellen zusammenhing, über ihr ganzes Tun und Treiben. So entstand jene Räuberromantik, die in Wahrheit wohl mehr ein papiernes Erzeugnis dichterischer Phantasie ist. Schilderungen „Räuber“ erzeugten geradezu eine Flut von Räuberromanen. Den größten Erfolg dieses Zweiges der deutschen Romanliteratur errangen Heinrich Zschokkes „Abällino, der große Bandit“, der im Jahre 1794 erschien, und Vulpius' „Rinaldo Rinaldini“, der drei Jahre später auf den Buchständlerischen Markt kam und einer der größten Erfolge wurde, den die deutsche Literatur überhaupt zu verzeichnen hat. Es ist bezeichnend für den Geschmack der breiten Massen, daß gerade ein derartiges Buch, an dessen minderwertigen Qualitäten niemals ein Zweifel geherrscht hat, von dem Leserkreis zweier Generationen geradezu verschlungen worden ist. Heute findet man das Hauptwerk von Goethes Schwager, der ja ein struppelloser Vielschreiber gewesen ist, freilich nur noch in den weltabgeschiedensten Leihbibliotheken. Dafür ist ein anderes, „modernere“ Erzeugnis der Räuberromantik, das man besser schon als Schundliteratur bezeichnet, bis zur Gegenwart in gewissen Kreisen lebendig geblieben. Es ist „Schinderhannes, der großer Räuberhauptmann des Rohrbunderts“, der immer noch in unzähligen Lieferungen, das Heft zu 10 Pfg., auf den Hintertreppen vertrieben wird. Uebrigens ist dieser Schinderhannes der Vielname eines Verbrechers, der tatsächlich gelebt hat, und der mit seinem richtigen Namen Johann Bückler hieß. Er war 1777 zu Hiesfelden in der Grafschaft Kaiserslautern im Hessischen geboren, war um das Jahr 1796 Scharfrichtergehilfe in Sobernheim, wurde wegen eines Vergehens in Kirn gefängt und ging dann unter die Räuber. Mit seiner Bande plünderte er besonders Juden und Händler aus, die von Jahrmärkten heimkehrten; diejenigen, die ihm Tribut zahlten, erhielten von ihm förmliche Sicherheitskarten ausgestellt. Endlich gelang es, ihn zu Wolfenhausen zu fangen, worauf er mit zwanzig Genossen am 21. November 1803 in Mainz hingerichtet wurde. Was in den Schinderhannes-Kolportage-Romanen diesem Verbrecher alles angedichtet wird, steht natürlich mit dem wirklichen Verbrechen, die er begangen hat, nur in losem oder gar keinem Zusammenhang.

Das klassische Land der Räuberromantik und des Brigantenunwesens ist freilich bis in die neueste Zeit Italien. In den entlegenen Gebirgsgegenden der Abruzzen und in den Bergen Sardiniens treiben ständig ganze Verbrecherbanden ihr Unwesen, und manche unter diesen Räuberhauptmännern haben geradezu europäische Berühmtheit erlangt. Der berühmte Brigant Pinu brachte es im Jahre 1913 fertig, sich regelrecht interviewen zu lassen; der berühmteste aller italienischen Banditen aber ist der berüchtigte Räuberhauptmann Musolino, der „König der Abruzzen“, der jetzt in der Irrenabteilung des Zuchthauses von Reggio Emilia in hoffnungsloser Geistesnacht dahindämmert. Jahrelang hatte er das Land in Furcht und Schrecken versetzt; trotz dem Aufgebot ganzer Truppendivisionen und der Aussetzung einer Prämie von 100 000 Lire auf den Kopf des Banditen, war es Musolino gelungen, sich jahrelang allen Nachstellungen zu entziehen, bis er im Jahre 1901, als er auf einer Pilgerfahrt nach Rom begriffen war, zufällig zwei ahnungslosen Gendarmen in die Hände fiel. Er wurde auf Grund ungesühnter Mordtaten, Brandstiftungen und Verbrechen aller Art zu lebenslänglichem, durch zehnjährige Einzelhaft verschärftem Zuchthaustrafe verurteilt. Nach Verbüßung der Einzelhaft verfiel Musolino in chronische Paranoia, die gewöhnlich eine Folge langjähriger Einzelhaft ist, und die sich bei ihm in der Form des Größenwahns äußert. Ein Mitarbeiter des römischen „Messagaero“ hat kürzlich den unglücklichen Banditen in Begleitung des Zuchthausdirektors besucht. Er fand einen Strafling, der sich einbildete, ein Luftschiff für die Reise nach dem Mars erfunden zu haben, und der sich bei dem Besucher nach dem Namen des Ministers des Innern erkundigte. Als er erfuhr, daß der Minister Nitti heiße, schrieb er diesen einen Brief, den der Direktor der Strafanstalt dem Journalisten aushändigte, und in dem Musolino den Minister aufforderte, innerhalb von zehn Tagen seiner Schwester Anna Musolino Rom und Italien auszuliefern. Weiter lebt der einstige Bandit in dem Wahn, Triest und Triest erobert zu haben, wie er auch glaubt, daß Italien den Krieg nur durch seine Hilfe habe gewinnen können. Das ist das Ende, der lebendige Tod eines Briganten, der einst ganze Landstriche Italiens im Bann seines Verbrechertums gehalten hat.

Kunst und Wissenschaft.

* Stadttheater. Sonntag nachmittag wird als Volksvorstellung bei kleinen Preisen „Nora“ gegeben, Sonntag abend 7 Uhr „Der Wildschütz“. Montag abends 8 Uhr „Irrlichter und Flöcke“.

* Die Entwürfe zu einem Kriegerfriedhof und zu Grabsteinen und Grabkreuzen, die infolge der Haltschen Wettbewerbe eingegangen sind und über deren Bewertung durch das Preisgericht kürzlich berichtet wurde, werden zur Besichtigung in der Handwerkerschule- und Kunstgewerbeschule, Gutzkowstr. 1, Erdgeschoß links, Zimmer 12, ausgestellt und zwar die Entwürfe Kriegerfriedhof von Sonntag, den 18. bis Donnerstag, den 22. April und die Entwürfe Grabsteine usw. von Sonntag, den 25. bis Donnerstag, den 29. April. Die Ausstellung ist geöffnet: Sonntags von 11 bis 1 Uhr, Werktags von 11 bis 5 Uhr. Eintritt frei.

* Schweizer Hilfe auf wissenschaftlichem Gebiet. Die Tatsache, daß die wirtschaftlichen Folgen des Krieges auch die wissenschaftlichen Betriebe in Deutschland schwer treffen, hat die Redaktion der Neuen Zürcher Zeitung veranlaßt, an hervorragende Gelehrte schweizerischer Herkunft, die an deutschen und neutralen Hochschulen wirken, die Frage zu richten, ob und in welcher Weise die Schweiz, mit Deutschlands wissenschaftlichem Leben nehmend und gebend eng verbunden, praktische Hilfe leisten könne. Auf diese Anregung antwortet Professor Abderhalden-Halle mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß in irgendeiner Form die ausländische Literatur den deutschen Gelehrten zugänglich gemacht werde, wie es von Holland und Amerika schon teilweise in Aussicht gestellt sei. Es wäre zu begrüßen, wenn die Schweiz in dieser Hinsicht die Führung übernähme und in allen Ländern dafür einträte, daß entweder die Literatur im Wege des Austausches gegen deutsche Literatur zur Verfügung gestellt, oder aber ein Kredit eröffnet werde, der es den deutschen Instituten ermöglicht, sich die einschlägige ausländische Literatur zu halten. Es handle sich, die Gefahr der „wissenschaftlichen“ Isolierung der deutschen Forscher zu beseitigen, so wäre das eine Großtat. Denn auf keinem Gebiet sei der internationale Austausch so notwendig wie auf dem der Wissenschaft.

* Hans Pölzig, der bekannte Architekt, bisher Stadtbaumeister in Dresden, folgt einer Berufung des preußischen Kultusministeriums als Leiter eines Meisterateliers für Architektur in Berlin. Pölzig, der 1915 nach dem Ableben Eitweins aus Breslau nach Dresden berufen wurde, hatte dort infolge des Krieges keine Gelegenheit, seine Fähigkeiten zu verwerten. Sein Werk ist, wie erinnerlich, der Umbau des Berliner Zirkus Schumann zu Reinhardts „Großem Schauspielhause“.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-847529-19200415019/fragment/page=0002